

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Helga Jurisch
Gerold Schömig
Sebastian Tietze

Sennfeld, 05.06.20 16

A N T R A G

Der Gemeinderat möge zeitnah den bereits im Mai 2015 gestellten Antrag beschließen:
Angesichts der Verdienste, welche sich Martin Spitzner – erster Bürgermeister nach Kriegsende 1945 – in Sennfeld erworben hat, möge die Gemeinde beschließen, eine Straße oder einen Platz in Sennfeld oder die Sennfelder Allee nach Martin Spitzner zu benennen.

Begründung:

Herr Douglas Dashwood-Howard hat im Hinblick auf das Leben und Wirken von Martin Spitzner - Sennfelder Bürgermeister vom 18. April 1945 bis 18. Juni 1946 - aufwändig recherchiert. Die Ergebnisse seiner Recherchen, bei welchen er sich ausschließlich auf schriftliche Quellen und Archive gestützt hat, haben ergeben, dass Martin Spitzner als erster Bürgermeister der Gemeinde Sennfeld nach Kriegsende Enormes zu leisten hatte. Ein Teil der Bevölkerung hat das Kriegsende als Befreiung, ein anderer Teil als schreckliche Niederlage erlebt. Wer jahrelang die nationalsozialistischen Überzeugungen und Grundhaltungen geteilt hatte, legte dieses Denken nicht einfach ab, nur weil der Krieg beendet war. Von einem harmonischen Miteinander im Dorf konnte unmittelbar nach Kriegsende somit noch nicht die Rede sein und die materielle Not im Dorf war groß.

Martin Spitzner wurde von den Amerikanern bei Kriegsende aufgrund seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Nationalsozialisten zum Bürgermeister ernannt. Spitzner hatte viele schwere Aufgaben zu bewältigen. Er musste – wenn es sein musste - auch gegen den Widerstand von Bürgern die Anordnungen der amerikanischen Siegermächte umsetzen.
Eine besonders heikle Aufgabe bestand sicherlich in der Verordnung zur Entwaffnung der Bevölkerung, von der auch in der Sennfelder Chronik zu lesen ist.

War die Entwaffnung damals Aufgabe des Bürgermeisters? Von wem wurde die Verordnung konkret umgesetzt und wie? Welche Mittel zur Umsetzung standen zur Verfügung? Welche Strafen drohten bei Zuwiderhandlung? Und wer wußte damals in Sennfeld, wer welche Waffen besitzt?
Diese Fragen stellten wir im April 2016 Herrn Dashwood-Howard.

Er teilte uns schriftlich mit:

Den Verordnungstext, der auszugsweise in der Chronik wiedergegeben wird habe ich komplett in Original und zwar in "Sennfeld in den letzten Kriegsmonaten" – Facharbeit von Dieter Schleier. Auf Seite 32 ist die Verordnung als Faksimile abgedruckt. Hier heißt es u. a.:

An alle Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Landräte,

Es wird hiermit in Auftrag der amerikanischen Militärkommission folgendes bekannt gemacht, was unter allen Umständen in Interesse jedes einzelnen Bürgers von Wichtigkeit ist und unbedingt durchzuführen ist.

Zur Abgabe von Waffen etc. steht zusätzlich:

sofortige Abgabe an den Militärregierungsbeamten wird von Ihnen veranlasst werden.

Des Weiteren heißt es gegen Ende der Verordnung:

Durchsetzung:

Sie werden die Bevölkerung in dem von Ihnen verwalteten Gebiete davon unterrichten, daß alle von dem Militärbefehlshaber veranlasste Aufrufe, Gesetze, Verfügungen und Anordnungen zu lesen, zu verstehen, und zu befolgen sind. Jede Verletzung solchen Erlasses wird nach Überführung vor ein Militärregierungsgericht gesetzmässig, in zutreffendem Falle mit Tode, bestraft werden.

Diesen Texten kann entnommen werden, dass es eindeutig die Aufgabe des Bürgermeisters war, für die Veranlassung, Durchführung bzw. Durchsetzung der Verordnungen zu sorgen.

Ich stelle mir vor, dass er von seinen Gemeinderäten und in kritischen Fällen von seinem Hilfspolizisten dabei unterstützt wurde. Möglicherweise könnte er auch auf Unterstützung der amerikanischen Militärpolizei zurückgreifen, wenn jemand sich "unkooperativ" zeigte. Das sind aber meine eigene Vermutungen und nicht belegt.

Ich habe gelesen, dass nach ähnlichen Verordnungen in anderen Ortschaften viele Waffenbesitzer große Angst hatten, mit einer Waffe erwischt zu werden. Die Strafen waren ja drakonisch. Daher haben viele Bürger Ihre Waffen bereitwillig abgegeben. Es gab aber sicher einen harten Kern, der sich von seinen Waffen nicht trennen wollte.

Auf Seite 130 des Buches "Die Polizei in der Region Main-Rhon im Spiegel der Zeit" schreibt der Autor Oswald Holmer, dass die Einhaltung der Verordnungen der Militärregierung von der [deutschen] Polizei überwacht werden musste. Ob sie bei Bedarf von der amerikanischen Militärpolizei unterstützt wurden schreibt er nicht.

.... Es gab aber auch damals die Pflicht als Waffenbesitzer, einen Waffenschein zu führen. Ob die Unterlagen dazu in der jeweiligen Gemeinde oder im Landratsamt aufbewahrt wurden/werden weiß ich leider nicht. So oder so konnte der Bürgermeister sicher darauf zurückgreifen, wenn er feststellen wollte, wer eine Waffe bis Kriegsende legal besaß. Ein illegaler Besitz konnte von den Behörden kaum entdeckt werden, es sei denn durch "Verrat".

Wie kann man Menschen, die sich nicht von ihren Waffen trennen wollen, dazu bringen, ihre Waffen abzugeben? Höfliche Bitten bleiben hier in der Regel ohne Wirkung. Der Einsatz von Mitteln, die Druck oder auch Angst erzeugen – d.h. die Androhung von unangenehmen Folgen bzw. Sanktionen – ist meist der einzige Weg, um hier zum Ziel zu kommen.

Der Übergang vom Krieg zum Frieden verlangte Martin Spitzner als verantwortlichem Bürgermeister ungeheuer viel Kraft und Mut ab. Die Aufgabe war extrem belastend und nervenaufreibend. Dass Spitzner am 27. Januar 1946 mit großer Mehrheit von den Wahlberechtigten in Sennfeld im Rahmen erster freier Wahlen in seinem Amt bestätigt wurde zeigt: Sein Handeln als Bürgermeister wurde von vielen Menschen respektiert und wertgeschätzt.

Der Vorwurf eines Unbekannten, Martin Spitzner sei selbst Nazi gewesen, führte zu einer vorläufigen Amtsenthebung durch die Militärregierung, die aber nie wirklich umgesetzt worden war. Der Nachweis für die Richtigkeit der Aussage fehlt bis heute. Die Vorwürfe und der anschließende Schwebezustand setzten Martin Spitzner gesundheitlich so stark zu, dass er schließlich am 18. Juni seinen Rücktritt erklärte. Der Arzt attestierte ihm einen hochgradigen Erschöpfungszustand.

70 Jahre nach Kriegsende ist es aus unserer Sicht an der Zeit, die Verdienste von Martin Spitzner öffentlich zu würdigen. Viele Straßen und Plätze in Sennfeld tragen den Namen von bedeutenden Menschen. Auch Martin Spitzner sollte eine Straße, ein Platz oder die Allee zwischen dem hinterem Kühneparkplatz und dem Sennfelder Bahnhof gewidmet werden. Der Name Martin Spitzner Allee bietet sich auch angesichts der Tatsache an, dass Martin Spitzner in seiner Amtszeit 30 Reichsmark für die Verschönerung der Sennfelder Allee spendete.